

Welche nationalen und globalen Regeln erfordert die energetische Nutzung von Biomasse?

Probleme der energetischen Biomassenutzung

Klimaschutz als Thema hat seit kurzem die Massenmedien erreicht, obwohl der neue IPCC-Bericht sowie der Stern-Bericht an die britische Regierung sachlich keine neuen Erkenntnisse erbracht haben. Aktuell forciert die Politik einen Bioenergieboom in den Sektoren Strom, Wärme und Treibstoff als Königsweg zum Klimaschutz. Und in der Tat: Im Idealfall setzt energetisch genutzte Biomasse aus Raps, Sonnenblumen oder Kartoffeln nur die Klimagase frei, die sie zuvor der Luft entzogen hat. Sie ist also besser als Öl oder Kohle. Allerdings liefert Biomasse in ihren bisher technisch verfügbaren Formen nur relativ wenig Energie pro Einheit. Und wenn sie in industrieller Landwirtschaft energieaufwendig produziert, veredelt und über große Entfernungen transportiert wird, untergräbt dies den Klimaschutz- und Ressourcenspareffekt. Noch schlechter als bei Strom und Wärme ist die Bilanz beim Biosprit. Zudem würde die Abdeckung des riesigen Energiebedarfs westlicher Länder durch Importe aus Entwicklungsländern eine weitere Verschärfung der Welternährungslage bedeuten. Dazu kommt ein verstärkter Druck auf Naturräume wie den Regenwald oder bisher extensiv bewirtschaftete Flächen – ebenso wie ggf. eine subkutane Förderung der grünen Gentechnik.

Notwendige klare Spielregeln für die energetische Biomassenutzung

Einige dieser Probleme ließen sich durch klare Regeln für Biomassesubventionen, wie sie in Deutschland das Erneuerbare-Energien-Gesetz vorsieht, lösen. Diese könnten energetische Mindestergiebigkeit der verwendeten Biomasse einschließlich der Verarbeitungs- und Transportenergie und der Forderung nach einer KWK-Nutzung der Biomasse im Sinne einer „positiven ökologischen Gesamtbilanz“ regulieren, ebenso wie ein Anbauverbot auf Regenwaldflächen. Ferner könnte die Biomassethematik in eine Gesamtrevision des EU-Systems der Landwirtschaftssubventionen sinnvoll integriert werden. Allerdings müssten dies dann europäische und z. T. auch globale Regeln sein, schon weil die Biomasse zunehmend aus anderen Ländern importiert wird. Wir kommen darauf zurück.

Solche Kriterien stellt das EEG bisher nicht auf. Man kann sie auch allenfalls sehr eingeschränkt durch ein Weginterpretieren des „gezielten Anbaus“ und des „Zukaufs von außen“ in § 8 EEG hineinlesen. Zwar ist in § 8 Abs. 2 EEG nicht explizit davon die Rede, dass die Biomasse gerade im Betrieb des Biomasseanlagenbetreibers anfallen muss. Auch enthält das EEG keine Vorschrift, die dem Zukauf von NaWaRo ausdrücklich entgegensteht. Allein daraus bereits die Beantwortung der eben aufgeworfenen Fragen ableiten zu wollen, greift gleichwohl zu kurz. Bereits die grammatische Auslegung des Begriffs „anfallen“ impliziert sprachlich im Gegensatz zu Begriffen wie „herstellen“ oder „produzieren“ (a) eine nicht absichtlich herbeigeführte Gewinnung der Einsatzstoffe und (b) einen räumlichen Zusammenhang zum energetischen Biomassenutzer. Doch auch wenn die besseren Argumente dafür sprechen, den NawaRo-Bonus aus § 8 Abs. 2 EEG auf enge räumlich-funktionale Zusammenhänge zu beschränken, bleibt jedoch die allgemeine Biomassevergütung nach § 8 Abs. 1

EEG bestehen – auch dann, wenn die Biomasse z. B. aus Indonesien oder Malaysia kommt und dort gar unter vorheriger Rodung von Regenwaldgebieten angebaut wird. Diese globale Problematik hat das EEG noch nicht wirklich verarbeitet. Daran wird auch die NachhVO für Biosprit wenig ändern (ein bisschen Klimagaseinsparung und hoher Naturschutzwert ist allein zu wenig, zumal nur für Biosprit). Auch fehlt es bisher an der politisch angekündigten Anreizregulierung nicht länger nur des Strom-, sondern nunmehr auch des Wärmemarktes. Gegen vieles hiervon stehen natürlich gerade die großen Energiekonzerne, die zunehmend selbst (ggf. über Tochterunternehmen) Subventionsempfänger nach dem EEG sind, dabei lieber auf größere Anlagen setzen und mit jenen größeren Anlagen wenig Interesse an kleineren Konkurrenten – die aufgrund ihrer Ortsnähe primär als Wärmeproduzenten in Frage kommen – haben dürften.

Kein Ablenken vom Primat der Energieeffizienz

Auch mit klareren Standards darf die Biomasse aber nicht vom eigentlichen Ansatzpunkt in puncto Klimaschutz und Ressourcenschonung ablenken: von den gigantischen Energieeffizienzpotenzialen, um die wir uns als Gesellschaft nicht länger herumdrücken können – und die man nicht mit einer höheren Mehrwertsteuer, sondern mit deutlich fühlbaren Energiesteuern ermöglichen würde. Energiesteuern schaffen außerdem Arbeitsplätze, statt sie zu beseitigen, indem sie Energie teurer machen, aber die Sozialabgaben als Lohnnebenkosten senken (sofern man den Ökosteuererlös zur Senkung ebenjener Kosten einsetzt). Wir alle müssen lernen, dass Energie (auch Biodiesel) ein knappes Gut ist und ihren Preis hat. Wird Energie durch solche Ökosteuern teurer, macht der Verbraucher mit dem sparsameren Wasserkocher schon in kürzester Zeit Gewinn. Leider ist Energiesparen für viele wohl keine so erregende Vision wie eine Solar- oder Biomassewirtschaft – frieren ist nicht sexy, wie eine frühere grüne Abgeordnete treffend sagt. Dies macht die Energieeffizienz für wiederwahlorientierte Politiker unattraktiver als z. B. die Biomasseförderung.

Immerhin passt die Biomasse besser als z. B. die großtechnische Atomtechnologie zu einer innovationsfreundlichen Marktwirtschaft mit vielen kleinen Wettbewerbern (statt zu staatswirtschaftlichen Monopolen, die bisher die Energieversorgung kennzeichnen). Die Atomenergie ist aber ohnehin keine echte Alternative zur Biomassenutzung. Nicht nur wegen der Terror- und Unfallrisiken, die in einem dicht besiedelten Land wie Deutschland unvorstellbare Folgen haben können. Vielmehr ist Uran wie Öl und Kohle ein endlicher Rohstoff. Zudem gewinnt man aus Uran nur Strom, denn Wärme kann nur mit einer siedlungsnah erzeugten Technologie erzeugt werden. Wer also für Atomkraftwerke votiert, benötigt zusätzlich Wärme-Energieträger wie Öl oder Gas. Ferner ist der Klimavorteil der AKWs dadurch geschmälert, dass der Uranabbau selbst recht energieintensiv ist.

Allgemeiner Kohlenstoffpreis statt wuchernder Instrumentenmix:

An „Energieeffizienz statt Biomasse“ kommt man auch nicht dadurch vorbei, dass man eine Vielzahl bisher ineffektiver Effizienzinstrumente wie Emissionshandel, Ordnungsrecht, Subventionen usw. (unter dem modischen Label „Instrumentenmix“) kombiniert. Eine nach und nach (also intelligente Anpassungen ermöglichende) auf wirklich einschneidende Sätze stei-

gende Ökosteuer, kombiniert mit wirksamen Kennzeichnungspflichten in puncto Energieverbrauch, spart gegenüber diesem (zudem wenig wirksamen) Instrumentenwust Bürokratie, vermeidet rechtliche Undurchsichtigkeiten und fördert die Durchschaubarkeit des Rechts für Bürger und Investoren. Belastet man die einzelnen Energieträger entsprechend ihrer Schädlichkeit, also z. B. fossile Brennstoffe stärker, kann nach und nach eine nachhaltige Energieversorgung entstehen – mit einem sehr viel geringeren Energieverbrauch und mit einer Abdeckung des unvermeidlichen Restverbrauchs (!) durch Biomasse und andere erneuerbare Energien, die zudem Strom und Wärme stets parallel erzeugen sollten, um Energieverluste zu vermeiden (Kraft-Wärme-Kopplung).

Am besten wäre aber ein allgemeiner (möglichst globaler) Klimagaspreis durch endlich einmal wirklich einschneidende Ökosteuern auf Energie und alles andere, was potenziell Klimagase freisetzt. Dann würden Transport-LKWs und Anbau-Traktoren der Biomasse automatisch zum Thema. Und die riesigen Energiesparpotenziale bei Autos, Wärmedämmung, Elektrogeräten, einfach überall würden endlich als Hauptoption des Klimaschutzes erkannt. Parallel zu einer solchen „Effizienzrevolution“ könnten die erneuerbaren Energien den dann geringen Energierestverbrauch übernehmen. Und ein nur geringer, effizienter Verbrauch steht nicht für Welternährungsprobleme, Tropenwaldzerstörung usw. Mit einem allgemeinen Klimagaspreis wäre nicht nur Energieeffizienz plötzlich spannender als unökologisch produzierte Bioenergie. Man würde auch sehen, dass Biokunststoffe oft mehr Klimaschutz leisten als Bioenergie. Und dass Klimaschutz durch Wärmedämmung von Häusern etwa um das Zehnfache billiger ist als Klimaschutz durch die Herstellung von Biosprit. Anders gesagt: Ein leichteres Auto aufgrund der Verwendung von Biokunststoffen erspart voraussichtlich mehr Klimagasausstoß als Biokraftstoffe. Biomasse effizient anbauen und verwerten, sie dann erst zu Kunststoffen machen, dadurch Klimagase zeitweilig „einlagern“, die Stoffe recyceln und dann später zu Bioenergie machen – so könnte eine nachhaltige Wertschöpfungskette aussehen, wenn (!) man wie vorgeschlagen die Gesamtnachfrage nach Biomasse in Grenzen hält. Das allerdings erfordert neben Energieeffizienz womöglich auch mehr Suffizienz.

Biomasse und globale Standards

Auch für die hier angedachte „energieeffizienzergänzende“ Biomassenutzung bedürfte es freilich globaler Standards für den Biomasseanbau, für den Energieausnutzungsgrad einschließlich der Problematik der Transportenergie, für die Ernährungssicherheit, für den Schutz von Tropenwäldern u. ä. Denn eine Biomasseproduktion mit erdölfressenden und ergo klimagasausstoßenden Traktoren, Düngern und Transportschiffen nützt dem Klima wenig. Dies nicht nur, weil Biomasse wie erwähnt ein grenzüberschreitendes Importphänomen ist – sondern auch, weil von den Nationalstaaten insoweit wenig Bereitschaft zur Standardsetzung zu erwarten ist. Denn bisher genießt die kurzfristige Sicherung von niedrigen Konsumpreisen, Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätzen, die zur Verteidigung bürgerlicher Wohlstands- und Selbstverwirklichungswünsche vordergründig nötig erscheint, allemal Vorrang. Und Standards machen die Biomasse und damit den Strom teurer und ergo für deutsche Unternehmen und Kunden ebenso wie für indonesische Anbauer unattraktiv und damit für abwählbare Regierungen schwierig durchsetzbar. Wegen des globalisierungsbedingten Wettbewerbs um

günstige Wirtschaftsstandorte braucht es deshalb globale Regeln.

Man muss die Idee globaler Biomassestandards dabei als ein System entwickeln, das allen Beteiligten nützt und bestimmte Defekte bisheriger Steuerungsversuche überwindet. Bisher untergräbt der freihandelsbedingte globale Dumpingwettlauf um wirtschaftsfreundliche und ergo niedrige Unternehmenssteuern, Sozial- und Umweltstandards nicht nur der Armutsbekämpfung im Süden. Er untergräbt auch den westlichen Sozialstaat. Und er verhindert in Nord und Süd eine echte Umweltpolitik, die z. B. das Klimaproblem wirklich angehen würde. Stattdessen lebt der Westen sein nicht dauerhaft und global lebbares Wohlstandsmodell weiter, übrigens auch auf Kosten künftiger Generationen. Nationalstaaten sind nicht nur gegen das Dumping ohnmächtig. Sie können auch strukturell globale Probleme wie den Klimawandel nicht lösen. Auch die bisherigen Völkerrechtsverträge im Konsens und mit beliebigem (Nicht-)Vollzug durch die Staaten wie z. B. das Kyoto-Protokoll bringen wenig. Die globalen Armutsbekämpfungsziele stehen nur auf dem Papier. Auch der globale Klimaschutz läuft trotz wohlklingender Ziele real leer. Soziale und Umweltbelange brauchen deshalb eine globale Politik, die die globale Ökonomie in Unabhängigkeit von egoistischen Nationalstaaten und per Integration in das Weltmarktrechtsregime einhegt – am besten durch eine Weiterentwicklung der WTO zu einer Art abgespeckten „globalen EU“, die nicht länger nur wirtschaftsliberal Märkte (einklagbar) öffnet, sondern weltweit bindende Umwelt-, Sozialstandards und Mindestunternehmenssteuersätze schafft und die Umweltstandards auch gegenüber dem bisherigen West-Niveau deutlich verschärft. Begleitet werden muss dies aber durch erhebliche Finanzhilfen an die Entwicklungsländer. Exakt so werden auch EU-Beitrittsstaaten in die EU integriert. Nur globale Standards beenden den Dumpingwettlauf und nützen so (a) dem westlichen Sozialstaat und (b) gleichzeitig der Verringerung der Armut im Süden. Gleichzeitig versprechen sie (c) einen friedlichen und (anders als im Irak) gelingenden Export von Freiheit und Demokratie, den historisch regelmäßigen Folgen wachsenden Wohlstands. Zugleich dürfte die Ausbreitung von Wohlstand und Demokratie (d) die kulturelle Konfrontation und das globale Terrorismusproblem entschärfen. Mindestens ebenso wichtig ist aber, das (e) bei ausreichend strengen Umweltstandards von Anfang an ein ressourceneffizienteres und klimaschonenderes Wirtschaftsmodell im Süden ermöglicht wird. Nur so kommen Generationen- und globale Gerechtigkeit unter einen Hut. Gleichzeitig würde das Angehen des globalen Dumping-Problems (f) eine ernsthafte Ressourcen- und Klimaschonung im Westen allererst ohne Wettbewerbsnachteile ermöglichen. So kann es auch für die Biomasse gelingen.